



N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

19. Wahlperiode - 4. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. September 2017, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Hauke Göttisch (CDU)

stellv. Vorsitzender

Klaus Jensen (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennys Bornhöft (FDP)

i. V. v. Oliver Kumbartzky

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein (AfD)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Volker Schnurrbusch (AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | | Seite |
|----------------------|---|--------------|
| 1. | a) Vorstellung des Ministers für Inneres, ländliche Räume und Integration Hans-Joachim Grote | 4 |
| | b) Vorstellung der Staatssekretärin im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration Kristina Herbst | 7 |
| 2. | Gespräch mit dem Landesverband der Wasser- und Bodenverbände zum Thema „Weitblick Wasser“ | 8 |
| 3. | Speichertechnologien weiterentwickeln und Privilegierung im EEG erhalten | 11 |
| | Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/201 (überwiesen am 20. September 2017) | |
| 4. | Verbraucherinnen und Verbraucher im Diesel-Skandal schützen: Einführung der Musterfeststellungsklage | 12 |
| | Antrag der Fraktion SPD Drucksache 19/145 <u>Emissionsenkung im Straßenverkehr</u> | 12 |
| | Alternativantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Drucksache 19/203 (überwiesen am 20. September 2017) | |
| 5. | Terminplan 2018 | 13 |
| 6. | Verschiedenes | 14 |
| | a) Rückführung von Castor-Behältern aus Sellafeld | 14 |
| | b) Einladung zur Abnahme eine Fernsteuerungsprojektes des Deich- und Hauptzielverbandes Eiderstedt | 14 |

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Götsch, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Die Punkte der Tagesordnung werden in der Reihenfolge 3, 1, 4, 2, 6, 5 beraten.

1. a) Vorstellung des Ministers für Inneres, ländliche Räume und Integration Hans-Joachim Grote

Herr Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, stellt seinen persönlichen und bisherigen beruflichen Werdegang vor. Er legt dar, seine Tätigkeit orientiere sich insbesondere an der Maxime der Nachhaltigkeit, die die Fragen beantworten müsse, ob es wirtschaftlich sinnvoll, sozial gerecht sei und der Umwelt helfe, sowie der Maxime, eine einheitliche Entwicklung des Landes und gleichwertige Lebensbedingungen im Land anzustreben. Wichtig sei, die Entwicklung an den Menschen auszurichten, die bei uns lebten, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen herzustellen und die Möglichkeiten einer Entwicklung auch im Rahmen der Digitalisierung zu fördern.

Abg. Neve wünscht sich bei den Entwicklungen im Rahmen der Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden und der Planung gemeinsamer Projekte mehr Unterstützung durch die Landesregierung. - Minister Grote legt dar, dies trage er mit.

Abg. Eickhoff-Weber begrüßt die von Minister Grote dargestellten Ideen zur integrierten Stadtentwicklung. Sie weist auf die Situationen in den ländlichen Gebieten hin, in denen es andere Herausforderungen als im städtischen Raum gebe, und fragt, ob ein Instrument wie eine integrierte Dorfentwicklungsplanung mit Unterstützung auf den Weg gebracht werden solle.

Minister Grote führt in seine Antwort mit dem Hinweis darauf ein, dass sich auf seinem Schreibtisch zwei Zitate befänden. Das erste stamme von Gustav Heinemann und laute: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“ Das zweite stamme von Albert Einstein: „Wir können Probleme nicht mit den gleichen Denkmustern lösen, die zu ihnen geführt haben.“ Vor diesem Hintergrund wolle er insbesondere von einem integrierten Ansatz ausgehen, auch in der Fläche zu gestalten. Es müsse geschaut werden, welche Menschen wo lebten und wie sie ihre Zukunft gestalten wollten. Es würden sich si-

cherlich neue Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen entwickeln. Als ein wichtiger Baustein hier sei beispielsweise das Thema wachsendes Haus zu nennen. Wichtig sei, neue Denkmuster zu entwickeln, um Menschen gerecht zu werden. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung müsse man auch bedenken, dass sich möglicherweise Einkaufsformen änderten. So werde eventuell der berühmte Tante-Emma-Laden durch digitales Einkaufen und Bringdienste ersetzt werden. Für wichtig halte er auch die Schaffung von Sharing-Angeboten in der Fläche sowie die Schaffung von WLAN-Strukturen. Die Landesplanung werde nach seiner Ansicht künftig mehr als bisher von Individualität geprägt sein.

Hinsichtlich der Nachfragen nach Beratungen verweist er auf den Koalitionsvertrag, in dem dies explizit formuliert sei.

Auf weitere Fragen der Abg. Redmann vertritt Minister Grote die Ansicht, dass sich das Konzept der AktivRegionen bewährt habe und fortgesetzt und ausgebaut werden sollte.

Abg. Jensen stellt Fragen zur Landesplanung und der Idee, auch in der Fläche Ideen für die Landesplanung zu entwickeln. - Minister Grote hält zwei Bausteine für wesentlich, nämlich erstens die Lagegunst etwa in den Ballungsgebieten oder am Rande der Ballungsgebiete und zweitens das Lagepotenzial. Hier müsse es zu Differenzierungen kommen. Versucht werden sollte, das Potenzial einer wachsenden Metropole zu nutzen, um das Land insgesamt zu stärken. Erträge aus der Raumordnungsentwicklung könnten nicht ausschließlich diesen Orten zugutekommen. Gebe es eine wirtschaftliche Entwicklung in den Metropolregionen, müsse es einen wirtschaftlichen Ausgleich geben, sodass in anderen Regionen andere Potenziale geschöpft werden könnten. Er denke dabei etwa an die Naturraumentwicklung und die Lebensqualität.

Auf eine Nachfrage zu diesem Thema legt Minister Grote dar, dass die Achsenräume in einem Zeitraum festgelegt worden seien, in dem Überlegungen angestellt worden seien, wie Wachstum im Lande stattfinden solle. Diese Entscheidungen müssten ab und zu hinterfragt werden. In einer digitalisierten Gesellschaft werde es andere Rahmenbedingungen geben. Es werde nicht mehr Gewerbe- und andere Industriestandorte geben, sondern mehr Ideenschmieden. Wirtschaftliche Betätigung und Wertschöpfungen im bisherigen Konzept müssten zumindest hinterfragt werden.

Abg. Redmann legt dar, für sie klinge dies so, als gebe es Gebiete im Land mit Gewerbeansiedlung, beispielsweise am Hamburger Rand, und andere Flächen in der Region, in denen keine Entwicklung zugelassen werde. Dabei käme es sicherlich zu Komplikationen zwischen Naturerlebnis und Wohnen. Dies wäre ein Prozess, der im gesamten Land diskutiert werden müsste.

Abg. Fritzen legt dar, sie habe die Äußerung des Ministers dahin verstanden, dass ein derartiger Prozess eine Chance für vermeintlich aus heutiger Sicht strukturschwache Regionen sein könne. Es sei die Frage zu stellen, was Menschen an ihren Heimatwohnorten halte, wenn es keine ansässige Industrie, kein Gewerbe und keine Wirtschaftsinfrastruktur gebe. Würden diese klassischen Parameter aufgegeben, könnten sich auch für solche Regionen andere Formen entwickeln, sodass die vermeintliche Strukturschwäche eine Stärke werden könne. - Minister Dr. Grote bestätigt diese Ausführungen.

Abg. Bornhöft spricht die Veränderung in der Gesellschaft aufgrund der stattfindenden Digitalisierung an.

Minister Grote verweist auf den Landesentwicklungsplan und hält es für erforderlich, sich gemeinschaftlich interdisziplinär zu unterhalten. Er stellt die Vermutung an, große Betriebsverlagerungen werde es nicht mehr geben. Betriebsverlagerungen und Strukturänderungen würden voraussichtlich nur in einem kleinen Radius um das Unternehmen herum stattfinden. Das größte Potenzial der Betriebe seien nämlich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und es sei heutzutage notwendig, diesen Image und Freiräume anzubieten. Vermutlich sähen Gewerbegebiete in Zukunft anders aus als derzeit. Künftig würden Unternehmen voraussichtlich nicht so sehr auf Infrastruktur achten, sondern eher auf Internetanbindung. Die Landesentwicklungsplanung dürfe also nicht nur entlang von Straßen, sondern insbesondere entlang von Datenautobahnen geschaffen werden.

Auf Nachfragen der Abg. Eickhoff-Weber hinsichtlich der Landesentwicklungsstrategie verweist Minister Grote darauf, dass die alte Landesregierung die Landesentwicklungsstrategie bis 2030 auf den Weg gebracht habe. Diese werde fortgeschrieben. Die Kernaussagen blieben erhalten. Er halte es für richtig, dass die grundsätzliche Strategie in der Staatskanzlei als übergeordnete Instanz betrieben werde. Die in den unterschiedlichen Ministerien entwickelten Teilstrategien würden in der Staatskanzlei zusammengeführt.

**b) Vorstellung der Staatssekretärin im Ministerium für Inneres,
ländliche Räume und Integration Kristina Herbst**

Dieser Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Gespräch mit dem Landesverband der Wasser- und Bodenverbände zum Thema „Weitblick Wasser“

Herr Gloy, Vorstandsvorsteher, Herr Rohde, Geschäftsführer des Landesverbands der Wasser- und Bodenverbände, und Herr Reimers, Geschäftsführer des Marschenverbandes, stellen den Bericht „Weitblick Wasser“ anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage) vor.

Von Abg. Bornhöft auf langsame Fließgeschwindigkeiten angesprochen legt Herr Reimers dar, dass eine neue Aufgabe, nämlich eine ökologischere Vorgehensweise, die hinzukomme, Veränderung und Anpassung bedeute. Aus technischer Sicht müssten Gedanken darüber angestellt werden, wie man auch den ursprünglichen Aufgaben noch gerecht werden könne. Er erinnert daran, dass darüber eine Zielvereinbarung mit dem Land abgeschlossen worden sei. Auch wenn es Konflikte geben werde, werde man sich mit dem Thema auseinandersetzen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Wasser- und Bodenverbände die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auf die Fahne geschrieben hätten.

Von Abg. Rickers auf § 30 Wasserverbandsgesetz angesprochen, verweist Herr Rohde darauf, dass es sich um ein Bundesgesetz handle. Der Rechtsgedanke, der dahinterstehe, sei nachvollziehbar. In dem Moment, in dem jemand Vorteile erlange, solle er entsprechend belastet werden, insbesondere wenn der Vorteil individuell messbar sei. Die Frage sei, welcher Wert die Ökologie für alle habe. Der Weg zu einer Änderung von § 30 sei sicherlich steinig. Er könne sich durchaus vorstellen, diese Vorschrift zu ändern; allerdings habe er derzeit keine Vorstellung, wie.

Auf die Frage des Abg. Rickers hinsichtlich kurzfristiger Hilfen verweist Herr Gloy darauf, dass der Jahreszuschuss vor etlichen Jahren von 12 Millionen DM auf 10 Millionen DM gekürzt worden sei. Danach habe es - es seien immerhin 17 Jahre - keine Steigerung mehr gegeben, obwohl die Kosten durchaus gestiegen seien. Lege man eine durchschnittliche Steigerung der Kosten von 4 % pro Jahr zugrunde, komme man etwa auf eine Verdoppelung des derzeit gewährten Landeszuschusses. Für vorstellbar halte er etwa eine Erhöhung des Landeszuschusses um jährlich 1 Million €, bis das Ziel der Verdoppelung erreicht sei. In diesem Zusammenhang verweist er auf Maßnahmen, die auf die Wasser- und Bodenverbände zukämen, die hohe Kosten verursachten. Beispielhaft nennt er die Erneuerung von Rohrleitungen.

Abg. Bornhöft interessiert, ob und inwieweit sich in den letzten Jahren Beschwerden und Klagen von Landwirten bezüglich steigender Grundwasserspiegel in der Fläche gehäuft hätten. - Herr Reimers erläutert, die Sensibilisierung hinsichtlich der Wasserwirtschaft sei nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern bei der Bevölkerung insgesamt angekommen. Komme man in den Küstenbereich hinein, würden die Probleme dort wahrnehmbar. So sei in den letzten Jahren zu beobachten gewesen, dass Extreme immer häufiger einträten. Regne es beispielsweise häufiger, steige auch der Grundwasserspiegel.

Abg. Redmann kommt auf zu sanierende und neu zu bauende Schöpfwerke zu sprechen und erkundigt sich danach, was dies konkret bedeute, und bittet um Stellungnahme des Ministeriums.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, legt dar, der Finanzbedarf sei unstrittig. Die Frage, was davon ökologischer Vorteil und Vorteil Einzelner sei, sei bereits umrissen worden. Dies halte er für einen Weg, zu einer Lösung zu kommen. Dazu passe die „Studie 2030“. Er vertrete die Auffassung, dass alles, was nicht dem individuellen, ökonomischen Vorteil eines Einzelnen diene, prinzipiell förderfähig sei. Vorstellbar seien etwa eine Verzahnung von Schöpfwerken mit erneuerbaren Energien, eine flexible Nutzung von Strom und die Nutzung digitaler Synergien. Diese von ihm genannten Vorstellungen seien derzeit abstrakt und noch nicht mit Geld hinterlegt. Allerdings würde er sich dem Thema gern so nähern wollen. Er beabsichtige, die Gespräche mit dem Landesverband der Wasser- und Bodenverbände fortzusetzen. - Herr Gloy weist ergänzend darauf hin, dass die bestehenden Schöpfwerke insbesondere dem Hochwasserschutz dienen. Deshalb könnten sie nicht eingespart werden.

Auf eine weitere Frage des Abg. Bornhöft weist Herr Gloy darauf hin, dass die Studie auf der Webseite des Landesverbandes abgerufen werden könne.

Herr Rohde erläutert auf eine Nachfrage der Abg. Fritzen die Beitragsgestaltung der Wasser- und Bodenverbände und geht dabei auch auf den Vorteilsbegriff ein.

Herr Gloy bezieht sich auf eine Bemerkung der Abg. Fritzen hinsichtlich der Schöpfwerke in Hochwassergebieten und legt dar, dass diese Gebiete im Regelfall für die Landwirtschaft genutzt würden. Im Hochwasserfall stünden sie als Überflutungsflächen zur Verfügung.

Abg. Voss spricht den Bericht „Niederungen 2015“ an und stellt grundsätzlich die Frage nach der Gewichtung für die Finanzierung angesichts des Klimawandels. - Herr Rohde legt dar, zentral sei der Vorteilsbegriff. Allerdings hätten sich durchaus die Rahmenbedingungen geändert. Zu fragen sei, wann bestimmte Bedingungen Einzelnen nicht mehr zuzurechnen seien. Ihm fehle derzeit die Fantasie, wie dies gesetzlich geregelt werden könnte. Der Vorteil der Allgemeinheit nehme derzeit zu, der Vorteil des Einzelnen im Verhältnis dazu ab.

Abg. Redmann schlägt vor, über das Verursacherprinzip nachzudenken. Im Übrigen hält sie es für notwendig, auf Bundesebene darüber zu diskutieren und deutlich zu machen, dass es in Schleswig-Holstein eine ganz besondere Situation gebe, die sich von der in anderen Bundesländern unterscheide.

Sie fährt fort, sie habe zur Kenntnis genommen, dass der Verband weitere Zuschüsse für notwendig halte. Dennoch erkundige sie sich nach weiteren Aufgaben. Beispielhaft nennt sie Flächenentwicklung, aber auch Aufgaben im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes, etwa in Bezug auf Moore oder die Eider-Treene-Sorge-Niederung.

Abg. Fürstin von Sayn-Wittgenstein zeigt sich beeindruckt von der Arbeit der Verbände, aber auch erschreckt über das Szenario. Für sie sei keine Frage, ob eine Unterstützung erfolgen solle, sondern wann.

Herr Reimers wendet sich den Äußerungen der Abg. Redmann zu und legt dar, es gehe darum, auf einen anstehenden gesellschaftlichen Prozess hinzuweisen. Das derzeitige Beitragsrecht fuße darauf, wie in den 80er-Jahren Wasserwirtschaft betrieben worden sei. Die gesellschaftlichen Ansprüche hätten sich aber geändert. Es gebe einen dynamischen Prozess, an dem sich auch die Wasser- und Bodenverbände beteiligten.

Herr Gloy vertritt die Ansicht, dass Verursacher alle seien. Im Übrigen sei klar, dass der Verband, fordere er eine Verdoppelung des bisherigen Zuschusses, nicht wie bisher weitermachen könne und über künftige Aufgaben diskutiert werden müsse. Er pflichtet der Ausführung von Herrn Reimers zu, dass die Wasser- und Bodenverbände ursprünglich landwirtschaftlich geprägt seien. Es gebe aber immer wieder Wasser- und Bodenverbände, bei denen der „normale“ Hausbesitzer im Vorstand mitarbeite. Insofern handele es sich hier nicht um eine verkappte landwirtschaftliche Subvention.

3. Speichertechnologien weiterentwickeln und Privilegierung im EEG erhalten

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/201](#)

(überwiesen am 20. September 2017)

Abg. Voss beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Er begründet dies mit dem Versuch, zu einem interfraktionellen Antrag zu gelangen. - Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

4. Verbraucherinnen und Verbraucher im Diesel-Skandal schützen: Einführung der Musterfeststellungsklage

Antrag der Fraktion SPD

[Drucksache 19/145](#)

Emissionssenkung im Straßenverkehr

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP

[Drucksache 19/203](#)

(überwiesen am 20. September 2017)

Abg. Voss schlägt vor, den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zu bitten, sich mit den Anträgen zu beschäftigen und dem Umwelt- und Agrarausschuss ihr jeweiliges Beratungsergebnis vorzulegen, sodass diese in die Beratungen des Umwelt- und Agrarausschusses aufgenommen und berücksichtigt werden könnten.

Abg. Metzner macht deutlich, dass die in dem Antrag der SPD-Fraktion angesprochenen Punkte übergreifend seien und nicht nur den Umwelt- und Agrarausschuss berührten. Insofern stimme ihre Fraktion dem Vorschlag zu.

Abg. Fürstin von Sayn-Wittgenstein bezieht sich auf die Plenardebatte, in der sich ihre Fraktion gegen eine Musterfeststellungsklage ausgesprochen habe. Vor diesem Hintergrund lehne sie den Vorschlag sowie den Antrag ab.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Abg. Voss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der Vertreterin der AfD.

5. Terminplan 2018

[Umdruck 19/125](#)

hierzu: [Umdruck 19/149](#)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den bereits beschlossenen Sitzungstermin am 10. Januar 2018 zu streichen und gegebenenfalls am 17. Januar 2018 im Anschluss an die Haushaltsberatungen eine Beratungssitzung durchzuführen. Der so geänderte Terminplan - [Umdruck 19/149](#) - wird gebilligt.

6. Verschiedenes

a) Rückführung von Castor-Behältern aus Sellafield

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, führt aus, er rechnet damit, dass die Energieversorgungsunternehmen Ende dieser Woche beim BFE den Antrag stellten, die Atommüllbehälter, die noch in Sellafield lagerten, nach Deutschland zurückzubringen. Die Verteilung erfolge auf der Grundlage des in der letzten Legislaturperiode auf Bundesebene getroffenen Kompromisses. Die ersten Castoren gingen vermutlich nach Bayern oder Hessen. Die in La Hague gelagerten Castoren würden nach Baden-Württemberg verbracht. Die verbleibenden sieben Castoren gingen nach Brokdorf.

b) Einladung zur Abnahme eine Fernsteuerungsprojektes des Deich- und Hauptzielverbandes Eiderstedt

Der stellvertretende Vorsitzende macht auf die Einladung des Deich- und Hauptzielverbandes Eiderstedt zur Abnahme des Fernsteuerungsprojektes - Pilotprojektes - im Sielverbandsgebiet Tetenbüllspeiker am 29. November 2017, voraussichtlich 12 bis 15 Uhr, aufmerksam.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Göttsch, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Hauke Göttsch
Stellv. Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin